

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großschönau und Zwenkau behördlich bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Began und Taucha

Bezugspreis mit Kultur-, Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2,-, für Selbstabholer 1,50 Mk. — Durch die Post bezogen 2,- Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206. Verkaufsstelle: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72206. — Verlag in Leipzig: Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206	Inseratenpreise: Die 10erzeile, Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg. Familienanzeigen von Privaten mit 50%, Nachl. Stellenangebote 10 Gelo. Kolonelle 25 Pfg. Reklamezeile 2 Mk. Inserate von auswärtig: die 10erzeile, Kolonelle 40 Pfg., bei Platzvorkauf: 50 Pfg., Reklamezeile 2,25 Mk.
--	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Appell Brünings an Frankreich

Die sozialdemokratische Fraktion fordert alsbaldige Verhandlungen über die Aenderung der Notverordnung

Ein deutsch-französisches Chequers

Ueberraschende Rundfunkrede
Dr. Brünings

SPD Berlin, 24. Juni.

Der Reichskanzler hat am Dienstagabend im Rundfunk eine politische Rede gehalten, die sich durch ihre Offenheit insbesondere gegenüber Frankreich auszeichnet und in Anbetracht der Bestrebungen der Reichspresse, gerade gegenwärtig neue Zwietracht zwischen Frankreich und Deutschland zu säen, als mutig bezeichnet werden muß.

Die Rede des Reichskanzlers, die auf sämtliche deutschen Sender und nach Amerika übertragen wurde, ist auf einen Wunsch der amerikanischen Regierung zurückzuführen und wurde völlig überraschend gehalten. Anfänglich beabsichtigte der Reichskanzler, erst am Mittwoch nach der Entschelbung der französischen Regierung über die **Wohlfahrt Hoovers** zu sprechen. Die nicht wegzuleugnende augenblickliche Spannung der deutsch-französischen Verhältnisse veranlaßte ihn jedoch, noch am Dienstagabend das Wort zu nehmen und außer seinem Dank an den amerikanischen Staatspräsidenten einen warmen Appell an die französische Regierung zu richten. Er gab die Hoffnung Ausdruck, daß es bald auch zu einem französischen **Chequers**, d. h. zu Besuchen und Gegenbesuchen zwischen Paris und Berlin zum Zwecke einer besseren Verständigung kommen möge. Nun liegt es an der französischen Regierung, sich dazu zu äußern und zu erklären, ob sie das Angebot annimmt oder nicht.

Im einzelnen führte der Reichskanzler nach Worten herzlicher Dankbarkeit für den Vorschlag des amerikanischen Staatspräsidenten Hoover aus:

„Warnen muß die Reichsregierung vor dem Glauben, als ob mit der Annahme des amerikanischen Vorschlages alle uns bedrückende Not hinweggeräumt wäre. Die Reichsregierung war sich bei den drückenden Maßnahmen, die sie zum Ausgleich der Reichsfinanzen treffen mußte, stets bewußt,

daß erst das Jahr 1932 den Höhepunkt der finanziellen Schwierigkeiten bringen würde.

Die Steuerüberweisungen an die Länder und Gemeinden werden infolge der schweren Wirtschaftskrise um Hunderte von Millionen zurückgehen. Dazu kommen aus dem gleichen Grunde die großen Ausfälle der Länder- und Gemeindesteuern. Erst 1932 werden all diese Haushalte die volle Belastung erfahren.

Die Reichsregierung muß unbedeutend daran festhalten, daß auch ohne Reparationskosten das nächste Jahr außerordentliche Anforderungen stellen wird. Die Reichsregierung war und ist bereit, Härten der Notverordnung und besonders dringende Notlage zu mildern, aber sie kann nicht an dem finanziellen Ergebnis der Notverordnung rütteln lassen. Nur unter Sicherung dieses finanziellen Ertrages wird es bei internationaler Annahme des Hoover'schen Vorschlages möglich sein, die weiteren Einnahmefälle des Jahres 1932 auszugleichen. Das deutsche Volk würde sich um jedes Verständnis der Welt und um jedes Vertrauen bringen, wenn es nicht unbedeutend daran festhält, die Sanierung unserer Finanzen unter den schwersten Opfern durchzuführen.

Der Vertrauensbeweis, der uns in dem weltgeschichtlichen Schritt des Präsidenten Hoover gegeben ist, kann nur Früchte tragen, wenn das deutsche Volk entschlossen ist, durch größte Sparsamkeit das Sanierungswort zu fördern.

Das Feiertagsjahr soll auch die politischen Beziehungen der Länder von störenden Spannungen befreien, das Zusammenarbeiten der Staaten, auf dem ihre friedliche Weiterentwicklung beruht, festigen und fördern. Das aber ist nicht möglich ohne beruhigte und gesunde Finanzlage, wie eine solche Finanzlage nicht ohne friedliches Zusammenarbeiten der Staaten möglich ist. Das Gedelhen Europas und der Welt hängt davon ab, daß diejenigen, die ein tragisches Geschick im Weltkrieg zu Feinden werden lieh, nunmehr entschlossen und bereitwillig sich auf beiden Seiten zu den Entschlüssen auflassen, die die gemeinsame Not der Stunde von allen Regierungen und Völkern fordert.

Die Größe der Stunde und die sich daraus ergebende Verantwortlichkeit läßt mich die Hoffnung und Erwartung aussprechen, daß alle, die für die öffentliche Meinung und ihre Formung in Deutschland maßgebend sind, sich bewußt bleiben, von welcher Bedeutung in diesem Augenblick Maß halten und Selbstdisziplin bei den Meinungen und Kundgebungen aller unserer Volksgenossen für Deutschland und für Europa sind.

Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß bei all dem der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eine besonders wichtige Rolle zufällt.

Wenn in der Entwicklung dieser Beziehungen manche Schwierigkeiten und Hemmnisse hervorgetreten sind, wenn es in der Deffektivität auf beiden Seiten der Grenze vielfach zu bewegten Auseinandersetzungen gekommen ist, so halte ich trotzdem an der Ueberzeugung fest, daß all das nicht unüberwindbar ist, daß sich vielmehr bei beiderseitigem guten Willen Mittel und

Wege finden lassen werden, um das Uebereinstimmende und Gemeinsame in den Interessen der beiden Länder in den Vordergrund zu bringen und im Bewußtsein der beiden Völker so zu verankern, daß es die Gewähr der Dauer in sich trägt.

Weil ich davon überzeugt bin, daß eine wirklich ausgeglichene und fruchtbare Zusammenarbeit unter den Völkern Europas und die für den lebendigen Wirtschaftsaustausch mit der neuen Welt notwendige Stabilisierung des europäischen Friedens erst an dem Tage gesichert erscheint, wo zwischen den beiden großen Nachbarvölkern das Vergangene seelsch überwinden ist und der Wille sich gemeinsam der Zukunft und ihrer geistigen, wirtschaftlichen und politischen Gestaltung zuwendet.

Gerade deshalb ist es das Bestreben der von mir geführten Regierung, über Bestimmungen des Augenblicks hinaus vorwärts zu denken und alles löschlich Verantwortbare zu tun, um die großmütige Aktion des Präsidenten Hoover ihrem verdienten und im Interesse Europas und der Welt notwendigen Erfolge zuzuführen.

Die deutsche Regierung wird es ihrerseits am guten Willen nicht fehlen lassen: Sie die Einigung über das Freilager zustande gekommen, so wird es um so leichter sein, in offener Aussprache den Weg freizumachen für eine großmütige, praktische Zusammenarbeit der beiden Länder.

Ich würde es begrüßen, wenn sich für eine solche einleitende Aussprache eine Gelegenheit fände, wie sie neulich die Zusammenkunft in Chequers für eine Erörterung zwischen Deutschland und England geschaffen hat.

Die Aufgaben, vor denen Frankreich und Deutschland stehen, sind für beide Länder zu groß und zu dringend, als daß es nicht möglich sein sollte, in vertrauensvollem und rücksichtslosem Meinungsaustausch einen gemeinsamen Boden zu finden, von dem aus die Lösung dieser Aufgabe ausschisvoll in Angriff genommen werde.“

Weitere Kurssteigerungen im Auslande

Kreditverhandlungen mit England

SPD Berlin, 24. Juni.

Die Botschaft des amerikanischen Staatspräsidenten, die in der ganzen Welt einen starken Optimismus ausgelöst hat, hat in Deutschland zunächst zur Verlängerung zahlreicher kurzfristiger Auslandskredite geführt. Die Kurssteigerungen für deutsche Anleihen haben auch am Dienstag in Neupost angehalten. In London zeigte sich bei der Dawesanleihe zum Schluß ein Rückgang um ein halb Prozent, der aber gegenüber dem Kursgewinn der beiden letzten Tage nicht ins Gewicht fällt.

Der Deutschland von der Bank von England zugedachte Kredit soll sich auf 680 Millionen Mark belaufen. Davon soll die Reichsbank 480 Millionen Mark und das Reich 200 Millionen Mark erhalten.

Ein Brief an den Reichskanzler

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat gestern abend den nachfolgenden Brief dem Reichskanzler überreicht:

Berlin, 23. Juni 1931.

Herrn Reichskanzler Dr. Brüning.

Der amerikanische Vorschlag eines internationalen Moratoriums für die Regierungsschulden eröffnet die Aussicht auf eine beträchtliche Erleichterung der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands. Obgleich der Vorschlag noch der Zustimmung der beteiligten Mächte bedarf, halten wir es für dringend erforderlich, die zugesagten Besprechungen über die Abänderung der Notverordnung sofort einzuleiten. Die in der Notverordnung enthaltenen Härten werden, wenn das Moratorium zustande kommt, von den betroffenen Schichten als besonders unerträglich empfunden werden.

Wir sind uns bewußt, daß nach wie vor alle Anstrengungen Deutschlands auf die Sanierung der öffentlichen Haushalte gerichtet bleiben müssen. Wir weisen deshalb nochmals darauf hin, daß die von uns geforderten Abänderungen dieses finanziellen Ziel durchaus nicht in Frage stellen. Die von Ihnen vorgeschlagene Verschiebung der Aenderung der Notverordnung beruhte auf der Annahme einer späteren Aufrollung der Reparationsfrage. Nunmehr besteht kein Hindernis mehr, unmittelbar

Der nächste Schritt

Ein Vorstoß der Sozialdemokratie

Der Haupteinstimmung, die die Börsen der ganzen Welt am Montag bemächtigt hatte, hat gestern einer nüchternen Beurteilung der Sachlage Platz gemacht. Erst die Deffnung der Geschichtsquellen wird bezeugen, wie außerordentlich schwierig die Situation gewesen ist, die sich am Freitag und Sonnabend entwickelt hatte. Sie war nicht allein auf Deutschland beschränkt. Sonst hätte nicht der Präsident der U.S.A., Hoover, eine so plötzliche Schwankung vorgenommen. Die große Geste, die die Vereinigten Staaten machten, hat einen sehr realen Hintergrund. Eben deswegen ist es durchaus angebracht, die Situation recht nüchtern zu betrachten, damit keine Enttäuschungen entstehen können.

Noch ist nicht völlig gewiß, wie hoch sich die Entlastung stellen wird, die der Zahlungsausschub für die deutschen Finanzen bringt. Das hängt von den endgültigen Entschlüssen Frankreichs, sowie von den Verhandlungen ab, die über die französischen Wünsche geführt werden müssen. Soviel aber ist gewiß, daß für Deutschland eine starke Erleichterung entstanden ist, und daß nunmehr mit verstärkter Kraft der Versuch unternommen werden muß, der Notverordnung die schärfsten Giftzähne auszubrechen. Das ist der Zweck des Briefes, den gestern Abend der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion an den Reichskanzler Dr. Brüning gerichtet hat.

Der Fraktionsvorkand erklärt, daß die Sanierung der öffentlichen Haushalte gesichert bleiben müsse. Das ist das A und O jeder Finanzpolitik, die Katastrophen abzuwenden sucht. Dieser Grundsatz aber bedingt keineswegs, daß die Lasten einseitig auf die Schultern der breiten Massen gelagert werden müssen, daß die Maßnahmen, die unter dem Zwange der Not verordnet werden, so einseitig unsozial gestaltet worden sind. Der Reichskanzler hat bei den dramatischen Verhandlungen vom Dienstag voriger Woche zugesagt, daß über Abänderungen der Notverordnung verhandelt werden soll. Damals standen die Besprechungen mit den Vertretern der Vereinigten Staaten noch bevor. Jetzt hat eine außerordentliche Entwicklung der Situation die Entscheidung mit einem Schlage herbeigeführt. Darum ist es nicht mehr als recht und billig, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt, daß die Verhandlungen nunmehr unmittelbar in Angriff genommen werden sollen.

In einem Punkte wurden die Zusagen Dr. Brünings bereits erfüllt. Das betrifft die Jugendlichen unter 21 Jahren, die aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen werden sollten. Eine bereits fertiggestellte Ausführungsverordnung sagt, daß die Unterstützungsjahre nach den Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung auch für die Jugendlichen unter 21 Jahren fortgezählt werden sollen. Freilich sollen sie einer Bedürftigkeitsprüfung unterworfen werden, die in ihren Grundzügen den Maßnahmen entspricht, die in der Krisen-

nachdem das Moratorium gesichert ist, die Abänderung der Notverordnung vorzunehmen. Das gilt um so mehr, als die Entlastung durch den allgemeinen Schuldenausshub viel weiter geht, als es bei der Inanspruchnahme des Transferratoriums der Fall gewesen wäre.

Wir verkennen nicht, daß der Plan des Präsidenten Hoover keinen Anlaß zu übertriebenen Hoffnungen geben darf. Der Grundsatz der Finanzsanierung muß aufrechterhalten werden. Trotzdem müssen aber auch die einschneidenden Abbaumaßnahmen der Notverordnung gemildert und die schweren Steuerlasten gesenkt werden. Diese Maßnahmen dürfen nur dem Zwecke dienen, die durch Lohn- und Sozialabbau viel zu weit eingeschränkte Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung zu verbessern. Die werktätigen Schichten haben bisher die schwersten Opfer für die Finanzsanierung gebracht; deshalb haben sie einen berechtigten Anspruch darauf, daß ihnen künftig alle Erleichterungen zugutekommen. Nur wenn das geschieht, wird die finanzielle Entlastung Deutschlands die Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufstieg und politische Beruhigung werden.

Unter diesen Umständen wiederholen wir das dringende Ersuchen an die Reichsregierung, alsbald mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Verhandlungen über die Abänderung der Notverordnung einzutreten.